

Unterstützung für bilaterale Vereinbarungen Der Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete weiter Hilfestellung bei der Umsetzung des Abkommens von 1944 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.

2007 waren insgesamt 16.266 Personen anspruchsberechtigt nach diesem Abkommen, 473 weniger als im Jahr 2006. Bei Abschluss des Abkommens 1994 waren es 22.320 Personen.

Aktivitäten und Entwicklungen

Wohnungsprobleme. Wie schon in den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Gespräche der Kommission auf Fragen rund um die mögliche Delogierung pensionierter Militärangehöriger und ihrer Familie aus sogenannten „entstaatlichten“ Wohnungen. „Entstaatlichung“ bedeutet die Rückgabe von Eigentum nach der Enteignung im Zuge der Verstaatlichung unter sowjetischer Herrschaft, das unter anderem an Angehörige der sowjetischen Armee vergeben worden war. Nach der Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Nachkommen räumte Lettland den heutigen Inhabern dieser Wohnungen einen Aufschub von sieben Jahren ein und legte nach Ablauf dieser Frist zusätzliche Sonderbedingungen für pensionierte Militärangehörige und deren Familien sowie für andere Betroffene fest. Dazu zählten finanzielle Unterstützung und bevorzugter Zugang zu Sozialwohnungen. Angesichts der Umstände waren diese Bemühungen zur Abfederung möglicher Härten durchaus erfolgreich. Nach jüngsten Angaben der russischen Botschaft in Lettland vom Oktober stellt die drohende Delogierung aus entstaatlichten Wohnungen derzeit für pensionierte Militärangehörige kein größeres Problem mehr dar.

Fortsetzung des Umsiedlungsprogramms. Im Rahmen eines von Lettland finanzierten und Anfang vergangenen Jahres in Angriff genommenen Umsiedlungsprogramms für pensionierte Militärangehörige, die Lettland verlassen und sich auf Dauer im Ausland niederlassen wollen, hatten bis Dezember 167 Personen finanzielle Unterstützung erhalten. Das erfolgreiche Programm soll 2008 fortgesetzt werden.

OSZE-Vertreter:

Olt. Helmut Napiontek

Genehmigter Haushalt: 9.600 EUR